

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.).
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18 098.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Reichstagswähler!

Männer und Frauen des werktätigen Volkes!

Am auch alle ergeht dieser Aufruf, die ihr in Stadt und Land mit Hand und Hirn arbeiten müht für andre, ihr Arbeiter, Angeestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Landarbeiter, die ihr allesamt zur Klasse der Ausgebeuteten und Unterdrückten, zum Proletariat gehört und durch eure Arbeit Staat und Gesellschaft aufrechterhaltet. Ihr müht eure Interessen gemeinsam wahren. Ihr dürft euch nicht gegeneinander auspielen und mißbrauchen lassen. Ihr müht euch klar werden über eure gemeinsamen Kampfsziele gegenüber den Ausbeutern und Unterdrückern. Ihr müht bei der Reichstagswahl geschlossene Eintritten für die Partei des Klassenbewußten Proletariats, die hier zu euch spricht. Eure Not und Leiden sind auch die unsrigen, wir sind Fleisch von eurem Fleisch und Blut von eurem Blut.

Unser Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Menschheit

Von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, ist eine Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Gesamtheit arbeiten muß, in der aber auch jeder nach seinem Bedürfnis und nach dem jeweilig vorhandenen Reichtum der Gesellschaft am Ertrage der gemeinsamen Arbeit beteiligt sein wird. Das ist der Sozialismus.

Errichtung der sozialistischen Weltordnung

Ist jetzt der Kampf entbrannt. Der Ausgang dieses geschichtlichen Ringens kann nicht zweifelhaft sein. Wie Sklaverei, Leibeigenschaft und Hörigkeit überwunden wurden, so wird naturnotwendig auch die kapitalistische Ausbeutung überwunden werden durch die sozialistische Produktionsweise. Der Kapitalismus brachte im vorigen Jahrhundert in bestigen Erschütterungen das bestehende Bürgerium, die Bourgeoisie neben den Zümlern und Großgrundbesitzern zur Macht. Die neue revolutionäre Periode unserer Tage kann nur damit beschließen, daß die Besitzlosen und Ausgebeuteten, das moderne Proletariat zur Macht kommt und durch die Verwirklichung des Sozialismus allen Klassengegenständen und Unterdrückungen ein Ende macht. Fortdauer des Kapitalismus heißt jetzt Vernichtung und Zerrüttung, Zerstörung und Not, Verwüstung und Verfall, das zeigt jeder Tag in erschreckender Weise. Nur der Sozialismus bringt Rettung. Sozialismus ist Aufbau und Fortschritt, Fortschritt und Erlebung, Menschheitsbefreiung und Glück für alle.

Mächte des Kapitalismus und Militarismus

versuchen mit List und Gewalt das alte Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem aufrechtzuerhalten. Sie suchen dem Sozialismus den Weg zu versperrern, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Vergebliches Bemühen! Das Proletariat wird den Sozialismus erkämpfen!

glückliche Zukunft der Menschheit

sein will, muß mit uns den Kampf aufnehmen gegen Kapitalismus und Militarismus und alle Mächte der Vergangenheit, die ihre blutige Diktatur aufs neue beschließen wollen. Diese Diktatur des Kapitalismus und Militarismus hat Millionen und aber Millionen von Menschen in die Schrecken des Krieges hineingerückt, hat Millionen getötet, Millionen zu Krüppeln und Siechen gemacht, zu Kranken, zu Blinden, zu Weibern, zu Witwen und Waisen, hat eine ganze Welt in Elend und Armut gestürzt, sie zurückgeschleudert in Verwilderung und Barbarei.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

zeigt den Weg und hat den Willen und die Kraft Führerin und Trägerin in diesem weltgeschichtlichen Befreiungskampf zu sein. Sie erstrebt die

Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat,

um den Kapitalismus zu überwinden und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Durch die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, ist dieses Ziel allein zu erreichen. Die arbeitende Menschheit, die Träger

Berlin, den 20. April 1920.

Die Zentralkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

der Wirtschaft, die Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums, die Förderer der Kultur sollen auch die verantwortlichen Träger aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen und der politischen Gewalt sein. Das ist der Sinn des Rätegedankens, durch das erst das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung der arbeitenden Menschen in Betriebsrat, Gemeinde und Staat verwirklicht wird. Die Diktatur des Proletariats ist der politische Ausdruck für die Übernahme der politischen Macht durch die arbeitende Klasse, ist ein Uebergangsstadium für die Zwischenzeit vom Kapitalismus zum Sozialismus, zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, in der die sozialistische Demokratie zur vollen Geltung kommt.

Mit diesem Programm sammelt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Massen des Proletariats. Unter dem Banner dieses Programms tritt sie auch in den Wahlkampf, sowohl gegenüber der kapitalistisch-militaristischen Reaktion, wie gegenüber den Scheindemokraten und Scheinsozialisten.

Wähler! Die politische Situation ist geschwängert mit Konfliktstoff. Die junkerlich-monarchische Reaktion hat versucht, durch einen militärischen Staatsstreich wiederum die politische Macht an sich zu reißen. Mit gewaltigem Aufschwung hat das deutsche Proletariat mit Generalstreik und bewaffneten Aufstand die Konterrevolutionäre zurückgeschlagen.

Gegen das einheitlich und entschlossen handelnde Proletariat kann in Deutschland keine Macht aufkommen, ohne das Proletariat sich keine Regierung dauernd behaupten. Die Machtübergabe des Proletariats wird immer mehr zur geschichtlichen Notwendigkeit. Als sofort zu erfüllende Uebergangsmassnahmen fordern wir deshalb:

1. Entlassung und Auflösung aller konterrevolutionären Formationen. Mannschafteinsatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft; politische Zurückweisung der Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustandes. Freilassung aller verhafteten Revolutionäre und umfassende Amnestie.
3. Bestrafung aller an dem Kappischen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von Revolutionären Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung in der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien. Umfassende Kommunalisierung.
5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Verwirklichung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der nächsten Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
7. Ausbau der Sozialgesetzgebung. Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern. Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Die schnelle und reiflose Verwirklichung dieser Mindestforderungen allein vermag Deutschland aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch herauszuführen.

Wir wissen, daß die Forderungen nicht verwirklicht werden können lediglich durch die Arbeit im Parlament, das selbst einen großen Teil Schuld an dem Wiedererstarken der Gegenrevolution trägt. Unsere Kraft und unsere Stärke liegt vielmehr in der Aktion der Masse, die dauernd auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse einwirken muß.

Wähler! Der Wahlkampf muß eine starke und gründliche Abrechnung bringen mit allen Gegenrevolutionären, Scheindemokraten und Scheinsozialisten, mit allen Klassenfeinden des Proletariats. Er muß zu einer Heereschau werden für den Sozialismus, muß zeigen, daß der Wille zum Sozialismus die werktätigen Volksmassen in Stadt und Land erfasst hat.

Darum hinein in den Kampf! Nieder mit der Reaktion! Nieder mit dem Kapitalismus! Nieder mit dem Militarismus! Es lebe der Sozialismus!

Die Wahlen in der tschechoslowakischen Republik.

Am 18. April fanden in der Tschechoslowakei die ersten Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Nationalversammlung statt; am 25. April folgten die für den Senat. Das Ergebnis des 18. April ist noch nicht genau zu übersehen. Für seine Beurteilung gibt der folgende Artikel Anhaltspunkte, beruht von unserem Reichsbürger Mitarbeiter angeht. Er ist vor den Wahlen geschrieben worden.

I.
Die tschechoslowakische Republik ist in ihrer ganzen Entstehung ein Kompromiß zwischen Revolution und Gegenrevolution. Sie verdankt ihr Entstehen nur zum Teil einer Revolution, und da nur einer nationalen Revolution: der Revolution der tschechischen Nation gegen die Habsburger; nationale Revolutionen unter der Führung der Bourgeoisie schlagen aber bekanntlich sofort in die Reaktion um, wenn die revolutionierende Bourgeoisie zur Herrschaft gekommen ist. Der tschechische Staat wäre zudem auch nicht allein durch die Kraft der rebellierenden Nation zustande gekommen, er verdankt sein Entstehen zum andern Teil dem Siege der Entente auf den Schlachtfeldern. Die Entente hat den tschechoslowakischen Staat aber nicht aus demokratischen Erwägungen heraus gegründet, sondern für ihre Zwecke: er soll für sie eine Machtposition in Mitteleuropa gegen Deutschland und Deutschösterreich sein und nach den früheren Plänen, welche die Unterstützung des ersten Ministerpräsidenten dieses Staates, Karl Kramarisch, fanden, auch ein Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus. So wurde diesem Staate von seinen Schöpfern ein reaktionärer Staatsgedanke zugrunde gelegt, und daraus ist alles Reaktionen zu erklären, das wir in ihm finden. Das alles aber sind nur reaktionäre Kräfte, die durch die Gründung dieses Staates ausgelöst wurden, und die sich sehr rasch verbrauchen können. Dauerhafter wäre in ihrer Wirkung dagegen die reaktionäre Kraft, die aus der nationalen Zusammensetzung seiner Bevölkerung fließt. Der tschechoslowakische Staat ist kein nationaler Staat, sondern gleich Österreich ein Nationalitätenstaat. Den Tschechen und den Slowaken, die man, obwohl zwei verschiedene, wenn auch sehr nah verwandte Nationen, zu einer einzigen Nation einfach deklarieren mußte, um überhaupt eine Mehrheitsnation in diesem Staat zu haben, stehen die Deutschen, Polen und Magyaren gegenüber; so daß die vereinigte Doppelmehrheitsnation nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung ausmacht. Trotzdem hält man auf tschechisch-nationaler Seite an der Fiktion eines nationalen Staates fest und man will diese Einbildung zur Wirklichkeit machen, indem man die ganze Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung so zurechtmacht, daß die Tschechoslowaken zur herrschenden Nation gemacht und die andern Nationen einfach zu einer amorphen Masse von anderssprachigen Bürgern herabgesetzt werden, die den Anspruch auf die Bezeichnung Nation und die Rechte einer Nation nicht erheben dürfen. Damit wird der Grund gelegt zu fortgesetzten nationalen Kämpfen, die diesen Staat gleich dem alten Österreich erschüttern werden. Und so, wie im alten Österreich, werden auch in diesem neuen Staat die nationale Vorherrschaft und der nationale Streit die stets fließende Quelle der Reaktion sein — das ist die Zukunft der tschechoslowakischen Republik, wenn nicht das Proletariat einen Strich durch diese Rechnung der Bourgeoisie macht.

Jedenfalls wird es für das Proletariat der Republik eine Riesenaufgabe sein, der Politik in diesem Staate andre Wege zu weisen — der Herrschaftsgedanke auf der einen, der nationale Befreiungs- und Revanchegedanke auf der andern Seite sind sehr stark, und es ist von tschechisch-nationaler Seite schon zuviel gefündigt worden. Es gilt aber auch, einen ungeheuren Wust von reaktionärer Gesetzgebungsarbeit hinwegzuräumen, bevor eine Ausschaltung des nationalen Streites möglich sein wird. Die größte Sünde ist vor allem die, daß die sogenannte tschechoslowakische Nationalversammlung, die im November 1918 von den tschechischen Parteien auf Grund eines vereinbarten Schlüssels ernannt wurde, sich die Rechte einer Konstituante angemaßt und so unter Ausschaltung der nichttschechoslowakischen Bevölkerung des Staates ihr eine Verfassung aufgezwungen hat, die als Grundlage des staatlichen und politischen Lebens einfach unmöglich ist. — Es ist eine Verfassung demokratischer Wahlordnungen, sonst aber enthält sie von Demokratie sehr wenig. Die Stellung des Präsidenten der Republik und die Existenz eines Oberhauses, des Senats, schränken die Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses ganz bedeutend ein; die staatsbürgerlichen Freiheiten sind in der Verfassung in Gestalt von Deklamationen erklärt aber die raue Wirklichkeit sind die besonderen Gesetze, die diese Freiheiten alle einschränken, wie z. B. die bereits beschlossenen Gesetze über den Ausnahmezustand; die Staatspolizei und die Aufhebung der Schwurgerichte; praktisch wird alle Freiheit durch eine rückwärtslose und allmächtige Militärpolizei eingeschränkt, die mit den niederträchtigsten Mitteln des Spießbüttens und des Lockspießbüttens arbeitet. Die Verwaltungsorganisation, die die neue Verfassung beschert